

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Hausallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 88 846 ppbn d

Inhalt

Ernst Haar MdB, Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, fordert die Elektrifizierung weiterer DB-Strecken: Politik des "Weg vom Öl" konsequent verfolgen.

Seite 1

Wolfgang Clement, SPD-Sprecher, zeigt, wie die Union bei Liberalen um die Macht buhlt: Strategie zum Greifen simpel.

Seite 3

Karsten D. Voigt MdB unterstreicht die Notwendigkeit des sicherheitspolitischen Engagements der Kirchen: Nur einseitig, nur moralisch? Seite 4

Gert Weisskirchen MdB würdigt zehn Jahre Bildungsmodellversuche.

Seite 7

Hans Urbaniak MdB begrüßt das Chemikalien-Gesetz: Ein weiterer Meilenstein.

Seite 8

Dokumentation

Wahlaufruf von Hans-Jochen Vogel an die Berliner: Noch liegt es in Ihrer Hand. Seite 9

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 109-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 87

8. Mai 1981

Politik des "Weg vom Öl" konsequent verfolgen

Grünes Licht für die Elektrifizierung weiterer Bahnstrecken notwendig

Von Ernst Haar MdB

Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands

Der Schienenverkehr auf den dieselbetriebenen Nebenstrecken der Bahn wird künftig teurer. Durch die vom Deutschen Bundestag im Rahmen des Subventionsabbaugesetzes beschlossene Einführung der Mineralölsteuer im Schienenverkehr steigen die Betriebskosten der DB um rund 300 Millionen DM. Die bereits jetzt unbefriedigenden Betriebsergebnisse der mit Dieselszügen bedienten Nebenstrecken werden sich dadurch weiter verschlechtern.

Um so wichtiger ist es, die Elektrifizierung geeigneter Strecken voranzutreiben. Sowohl betriebswirtschaftlich als auch energiepolitisch ist es völlig unverständlich, daß auf Weisung des Bundesverkehrsministeriums wichtige Elektrifizierungsmaßnahmen zur Zeit nicht begonnen werden dürfen. Es handelt sich im einzelnen um Strecken in:



Baden-Württemberg

- . Heilbronn - Crailsheim (88 km)
- . Backnang - Schwäbisch Hall-Messental (42 km)
- . Marbach - Backnang (14 km)
- . Basel - Lindau (196 km)

Hessen

- . Niedernhausen - Limburg (38 km)

Nordrhein-Westfalen

- . Essen-Steele - Wuppertal-Vohwinkel (34 km)
- . Solingen-Ohligs - Wuppertal-Oberbarmen (36 km) und

Rheinland-Pfalz

- . Schifferstadt - Germersheim - Wörth/Graben-Neudorf (67 km).

Die Zustimmung wird selbst bei den Strecken verweigert, bei denen die betroffenen Bundesländer bereit sind, Investitionszuschüsse zu zahlen. So haben sich zum Beispiel Kabinett und Landtag von Baden-Württemberg bereits im vorigen Jahr bereiterklärt, zu den Kosten der Elektrifizierung der insgesamt 340 km Strecken in diesem Land in Höhe von knapp 500 Millionen DM einen Zuschuß von 60 Millionen DM zu zahlen. Außerdem hat das Land bei Inbetriebnahme der Strecken Mitte der 80er Jahre eine weitere Zuwendung in Aussicht gestellt.

Die Einführung der Mineralölbesteuerung für den im Schienenverkehr verbrauchten Dieselkraftstoff wurde von der Bundesregierung mit der Notwendigkeit begründet, die Abhängigkeit vom Erdöl zu verringern. Grünes Licht für die Elektrifizierung weiterer Strecken der DB wäre daher nur logisch. Die notwendigen Mittel können durch Umschichtungen im Verkehrshaushalt kurzfristig zur Verfügung gestellt werden.

(-/8.5.1981/hi/oa)



Strategie zum Greifen simpel

Die Union buhlt bei Liberalen um die Macht

Von Wolfgang Clement

Sprecher des SPD-Vorstandes

Die Union buhlt wieder um die Macht. Helmut Kohl hat sich - auf ein Neues - den Rock des Freierr übergeworfen. "Nachtigall, ick hör dir trapsen", sagen die Berliner, wenn einer seine geheimsten Wünsche offenbart. Helmut Kohl tat dies am Donnerstag im Bundestag, als er dem Kanzler die Sorge unterstellte, Hans-Dietrich Genscher möge bei ihm sein, "wenn es Nacht wird in Bonn". Im Umkehrschluß wird ein Sinn daraus.

Der Oppositionsführer wittert abermals die Chance, seine letzte?, doch noch mit der FDP ins gemeinsame Ehebett zu kommen. Franz Josef Strauß verhält sich stickum und tut vorerst nur wenig, den Anbahnungsversuchen ein Hindernis in den Weg zu legen. Höchstens, daß es ihm Helner Geißler mit seinen Avancen bis an den Rand der Alternativen gelegentlich zu toll treibt.

Es ist ja alles schon x-mal dagewesen. Die guten Vorsätze, es diesmal mit den Aufgaben der Opposition "ohne Wenn und Aber" ernst zu nehmen, sind schon wieder vergessen, noch ehe sie sachlich in die Tat umgesetzt wurden. Die Möglichkeit eines begrenzten Wahlerfolges in Berlin läßt die ganz großen Träume wieder ins Kraut schießen, als habe es den 5. Oktober 1960 nie gegeben.

Die Strategie ist zum Greifen simpel. Ein Politik-Verzicht in wichtigen nationalen Fragen wird mit geradezu tolpatschigen Umrarmungsversuchen auf der öffentlichen Bühne garniert. Manfred Wörner, der sonst nur von Raketen spricht, wenn er den Doppelbeschluß der NATO meint, feierte das Kommuniqué der NATO-Außenminister von Rom, als sei die darin dokumentierte endliche Verhandlungsbereitschaft der USA nicht dem Drängen der Bundesregierung zuzuschreiben, sondern seit eh und je ein Herzensanliegen der Unionsparteien. Außenminister Genscher habe ihnen "aus dem Herzen" gesprochen, verstieg sich Wörner im hohen Haus, nachdem der außenpolitische Sprecher Mertes noch am Vortag Zweifel geäußert hatte, ob hinter den Formeln des römischen Kommuniqués auch eine wirkliche politische Einigkeit der Allianz stehe.

Zugleich versuchen Kohl und seine Gefolgsleute, der Bundesregierung eine wachsende Absetzbewegung der SPD-Basis aufzuschwätzen. Das ist der Keil, an dem sie schnitzen. Aalen im Baden-Württembergischen soll zum Waterloo der sozial-liberalen Koalition aufgemotzt werden. Willy Brandt, der keinen Gedanken darauf verwenden würde, einen Erhard Eppler etwa so zu behandeln wie die CSU einen Alfred Mechttersheimer, wird dafür mit Hilfe halber Zitate und vermutlich ungelesener Parteitagebeschlüsse wie ein Aussteiger aus dem Bündnis, das er begründete, verleumdet.

Wo aber die Gegensätze zwischen konservativem und liberalem Staatsverständnis partout unüberbrückbar werden, wie im Ressort des Bundesinnenministers Gerhard Baum, da versucht man es ganz ungeniert mit "Profilierungsangeboten". Baum und Walter Leisler Kiep hätten sich bereits mehrfach zu "geheimen Gesprächen" getroffen, ließ das Konrad-Adenauer-Haus verlauten. "Hürden abbauen", heißt man das. Der liberale Verfassungsminister soll mit dem aberwitzigen Argument geködert werden, in einem christlich-liberalen Ehebund würde er viel mehr Gelegenheit haben, politisches Eigengewicht zu entfalten, gewissermaßen als Kontrastprogramm zu Strauß und Tandler, als in der auf den Feldern des Polizei- und Demonstrationsrechts, der Bürgerrechte und der individuellen Freiheiten allzu einigen sozial-liberalen Koalition.

Zugegeben, mit Politik hat das nicht viel gemein. Aber es hat Methode. Die Koalition hat sich auf eine Opposition im Wartestand einzustellen, die sich liebedienerisch zur einen Seite verhält und zur anderen versucht, Keile zu treiben. Das kann zwar auf keiner Seite notwendige Diskussionen behindern, aber zur Selbstdisziplin sollte es dort, wo es not tut, schon ermahnen.

(-/8.5.1981/ks/ca)

+ + +



Nur einseitig, nur moralisch?

Das sicherheitspolitische Engagement der Kirchen ist notwendig

Von Karsten D. Voigt MdB

Geschäftsführer der Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit
Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß

Die kritischen Äußerungen des Bundeskanzlers und des Bundespräsidenten zum politischen Engagement der Kirchen oder kirchlichen Gruppen haben mich nicht überzeugen können. Es wirkt eben einfach nicht glaubwürdig, wenn aus konservativen Kreisen, die in der deutschen Geschichte mit Traditionen der Staatskirche verwoben waren und die sich auch heute noch gern bei festlichen Staatsakten mit kirchlichen Würdenträgern und ihrem christlichen Zuspruch schmücken und die im Wahlkampf sich ungeniert der Unterstützung durch kirchliche Hirtenworte bedienen, heute die Aufforderung zur politischen Zurückhaltung der Kirche erschallt. Es wirkt ebensowenig überzeugend, wenn Sozialdemokraten, die ja sich noch immer wieder dankbar auf die Ost-Denkschrift der EKD berufen, heute im Bereich der Friedens- und Abrüstungspolitik vor einseitigen und nur moralisch motivierten Stellungnahmen kirchlicher Gruppen warnen. Diese Art von Stellungnahmen werden engagierte christliche Gruppen auch deshalb nicht überzeugen können, weil sie den Verdacht erwecken, als würde mit der prinzipiellen Diskussion über das politische Engagement kirchlicher Kreise in Wirklichkeit nur das spezifische Engagement in der Friedenspolitik und die spezifische Kritik an der heute vorherrschenden Sicherheitspolitik gemeint.

Ich erinnere mich sehr gut: Eine meiner ersten politischen Tätigkeiten bestand mit ungefähr 16 Jahren darin, auf dem Landesjugendkonvent der evangelischen Landeskirche in Hamburg gegen den entschiedenen Widerstand auch von Pastoren eine Resolution gegen die atomare Bewaffnung der Bundesrepublik durchzusetzen. Dies war eine politische Resolution im Rahmen der damals aktuellen Kampagne "Kampf dem Atomtod". Ich habe es damals als meine Christenpflicht angesehen, diese Resolution als gemeinsame politische Orientierung für eine kirchliche Gruppierung durchzusetzen. Warum sollte ich heute als Politiker kirchlichen Gruppen als Recht absprechen wollen, was ich damals als mein Recht und meine Pflicht aus christlicher Verantwortung beansprucht habe.

Deshalb sollte nicht dieses Recht von einzelnen Christen, kirchlichen Gruppen und auch der Amtskirche selber zu politischen Stellungnahmen durch Politiker infrage gestellt werden, sondern Politiker sollten sich darauf konzentrieren mit Argumenten zur Sache zu überzeugen. Es fällt vielen immer schwerer zu akzeptieren, daß der im Ost-West-Verhältnis bislang erreichte, hohe Stand der Rüstungen nicht genügt, um die Sicherheitsbedürfnisse der NATO - und der Warschauer-Pakt-Vertragsstaaten zu befriedigen. Die Vorstellung konservativer Sicherheitspolitiker, das zusätzliche Waffenbeschaffungen mehr oder weniger automatisch auch einen zusätzlichen Gewinn an eigener Sicherheit bewirken, wird zu Recht von großen Teilen unserer Bürger nicht mehr ohne weiteres nachvollzogen. Sie erscheint unplausibel angesichts der vorhandenen Möglichkeit zur umfassenden gegenseitigen Zerstörung. Umso eher geraten die Risiken des anhaltenden Wettrüstens in den Blick. Im Widerspruch zu dieser unakzeptablen Wirklichkeit wird umso nachdrücklicher die Forderung nach Abrüstung erhoben.

Das Gerede über angeblich bedrohlich wachsende Pazifistische Strömungen in der bundesrepublikanischen Jugend hat die rationale Diskussion über Ziele, Rahmenbedingungen und



Realisierungschancen der Friedens-, Sicherheits- und Abrüstungspolitik der Bundesrepublik Deutschland eher erschwert. Es wäre erstaunlich, wenn angesichts wachsender Atomwaffenarsenale, eines sich beschleunigenden Rüstungswettlaufes und angesichts einer großen Zahl bewaffneter Auseinandersetzungen und Kriege insbesondere in der Dritten Welt nicht gerade christliche Jugendliche sich von pazifistischen Ideen angezogen fühlten. Auch in der SPD gibt es pazifistische Strömungen. Ohne Friedenssehnsucht, Anti-Militarismus und eine aktive Friedens- und Abrüstungspolitik verliere die SPD ihre Identität als Sozialdemokratische Partei. Karl Kautsky schrieb zwar 1928 in "Wehrfrage und Sozialdemokratie", daß "das sozialistische Endziel also der vollkommenste Pazifismus" sei, doch war die SPD in ihrer Mehrheit nie eine pazifistische Partei: Bis zum Ersten Weltkrieg begegnete die SPD dem Pazifismus und der Überwiegend bürgerlich-liberalen Friedensbewegung mit Vorbehalten und kritischer Distanz. Bezeichnend für diese Einstellung der Mehrheit der Sozialdemokratie ist Karl Kautsky 1937 im Prager Exil verfaßte Formulierung "die Sozialdemokratie als die energischste Verfechterin der Freiheit und des Wohlstands der Massen aller Nationen kann daher einer Verpflichtung zur Gewaltlosigkeit unter allen Umständen, zu widerstandsloser Unterwerfung unter jeden Angriff einer bewaffneten Macht, es sei einer eigenen oder einer fremden Regierung nicht anerkennen. Wo die bewaffnete Abwehr eines Unterdrückers oder Eroberers Erfolg verspricht, kann sie vom Standpunkt der Sozialdemokratie nicht nur erlaubt, sondern geboten sein".

Erst nach dem Ersten Weltkrieg fanden Teile der ebenso wie heute auch damals in sich sehr differenzierten pazifistischen Gruppen und der organisierten Friedensbewegung ein positives Verhältnis zur SPD und zur Arbeiterbewegung insgesamt. Umgekehrt übernahm die SPD schrittweise in ihre programmatischen Aussagen Forderungen, wie zum Beispiel die Unterstützung des Völkerbundes, internationaler Schlichtungsvereinbarungen und der Friedens- und Konfliktforschung, die ursprünglich dem Zusammenhang bürgerlich liberaler und auch pazifistischer Friedensbewegungen entstammten.

Nicht kann die pazifistische Antwort auf die Risiken des Rüstungswettlaufes und Kriegsgefahr als politische Strategie nicht überzeugen. Pazifisten bekennen sich auch im Kriegsfall zur Gewaltfreiheit und nehmen dafür in Kauf, selbst Opfer von Gewalt zu werden. Der zweite Widerstand, zu dem sie auffordern, bezieht sich auf die Zeit nach einer erfolgten militärischen Aggression, er richtet sich gegen fremde Besatzungstreitkräfte. Dem unmittelbaren Kampfgeschehen stehen sie wehrlos gegenüber. Die real realistische Seite des pazifistischen Konzepts besteht darin, daß Kriege, auch Verteidigungskriege, unter dem Aspekt ihrer verheerenden Folgen für die betroffenen Menschen gesehen werden. Die Folgen waren beim Einsatz der in Europa vorhandenen modernen Waffen, insbesondere beim Einsatz von Nuklearwaffen, in der Tat so gravierend, daß es auf beiden Seiten keine Sieger, sondern nur noch Verlierer mehr geben würde.

Trotz dieser realistischen Einschätzung der potentiellen Folgen militärischer Gewaltanwendung kann die pazifistische Lösung, die als persönliche Entscheidung glaubwürdig ist, als friedens- und sicherheitspolitisches Konzept nicht befriedigen.



Ihre Hauptschwäche ist ihr Versuch, die Überlebenschancen der Bevölkerungen dadurch zu erhöhen, daß einem potentiellen, bewaffneten Angreifer von vornherein der militärische Erfolg zugestanden wird. Die Aussicht, daß der Einsatz von Waffen für die angreifende Seite zu einem risikofreien Unternehmen werden würde, macht einen Krieg jedoch wahrscheinlicher und verringert dadurch die Überlebenschancen zumindest eines Teils der betroffenen Bevölkerung. Denn daß eine solche Aktion auch gegenüber einer militärisch nicht gerüsteten Gesellschaft ganz ohne Opfer ablaufen würde, widerspräche aller bisherigen Erfahrung. Deswegen ist es wichtig, zu entscheiden, was getan werden kann, damit es gar nicht erst zu Kriegen kommt.

Dies Problem: Die Frage der Kriegsverhütung wird im pazifistischen Ansatz unbefriedigend beantwortet.

Es wird davon ausgegangen, daß Wehrlose nicht angegriffen werden, weil von diesen selbst keine Gefahr ausgeht. Das aber ist sehr unsicher und betrifft allenfalls einen einzigen der zahlreichen Kriegsgünde: Der präventive Schlag, der unternommen wird aus der Furcht, sonst selbst durch die Waffen des Angegriffenen vernichtet zu werden. Alle anders motivierten Aggressionen würden auf diese Weise nicht nur nicht verhindert, sondern möglicherweise sogar begünstigt werden, weswegen das Konzept insgesamt den Anforderungen einer wirksamen Friedenssicherung nicht genügt. Deshalb meine ich, daß im Interesse der Friedenssicherung wir nach wie vor nicht auf ausreichend militärische Abschreckungsmittel verzichten können. Allerdings kann diese gegenwärtige Notwendigkeit uns nicht aus der Verpflichtung entlassen, über das Gegenwärtige hinaus schrittweise den Weg zur Zusammenarbeit und zur gemeinsamen Abrüstung zwischen denen zu suchen, die sich heute noch bis an die Zähne bewaffnet gegenüberstehen. Und für die Unterstützung dieser heute dringenden praktischen politischen Schritte und für die Unterstützung dieser langfristigen Zukunftsperspektive ist gerade die Sozialdemokratie auf die Unterstützung friedenspolitisch engagierter Christen angewiesen.

(-/8.5.1981/ks/ca)

+ + +



Zehn Jahre Modellversuche

Weiterentwicklung der Bildungspolitik

Von Gert Weisskirchen MdB

Obmann der Arbeitsgemeinschaft Bildung und Wissenschaft der SPD-Bundestagsfraktion

Ein Jahrzehnt Modellversuche: Das ist ein Jahrzehnt erfolgreicher Bildungsreform. Eine Bilanz zeigt: Die Modellversuche sind ebenso wichtig wie notwendig. Bund und Länder waren in der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) entsprechend Artikel 91b GG übereingekommen, auf der Grundlage der "Rahmenvereinbarung zur koordinierten Vorbereitung, Durchführung und wissenschaftlichen Begleitung von Modellversuchen im Bildungswesen" vom 7. Mai 1971 Modellversuche in Angriff zu nehmen. Mit Hilfe von Modellversuchen sollten gemeinsam neue Konzeptionen, ihre Möglichkeiten und Bedingungen erprobt und darüber hinaus Reformvorstellungen in die Praxis umgesetzt werden.

Seit zehn Jahren nun werden Modellversuche zur Erprobung pädagogischer Neuerungen in der außerschulischen Bildung, in der Schule und der beruflichen Bildung durchgeführt. Das ist Tradition: Viele Veränderungen unseres heutigen Bildungssystems, die zum Teil als Selbstverständlichkeiten gelten, wurden bereits in den 50er Jahren durch eine größere Zahl von Versuchen und Versuchsreihen erprobt. Damals war der Schwerpunkt besonders im Bereich der Schule wie das 9. Schuljahr der Hauptschule, die Schülermitverantwortung, mit Kern-Kurs-Unterricht in der Hauptschule und im Gymnasium (Oberstufenreform) die Zusammenfassung mehrerer Schulformen in Schulzentren, sogenannte Aufbauzüge an Hauptschulen wie die verschiedensten Formen des zweiten Bildungswesens. Ganz abgesehen von der Möglichkeit einer stärker musisch-kulturell ausgerichteten Bildung und Erziehung.

Im Laufe der Zeit entstand so ein immer größeres Bedürfnis bei Eltern, Lehrern, Ausbildern und bildungspolitisch Verantwortlichen durch die Erprobung pädagogischer Neuerungen, eine immer stärker werdende Chancengleichheit in der Bildung zu ermöglichen. Chancengleichheit in dem Sinne, da die Herkunft von Kindern noch lange nichts über ihre Leistungsfähigkeit und Begabung aussagt.

So sind Schwerpunkte und Vorrangsbereiche für die Modellversuche zum Beispiel:

- Verbesserung des Übergangs vom Kindergarten in die Grundschule
- Inhaltliche sowie organisatorische Weiterentwicklung der Hauptschule, Entwicklung des Berufsgrundbildungsjahres
- Ausbau von Schul-, Studien- und Berufsberatung in Zusammenarbeit zwischen Bildungseinrichtungen und Arbeitsverwaltung
- Früherkennung von Behinderungen und frühe Förderung der Behinderten
- Förderung und Integrationsangebote von Ausländerkindern, insbesondere im Hinblick auf die Sicherung von qualifizierten Abschlüssen
- Besondere Förderung von Mädchen und Frauen
- Förderung der musisch-kulturellen Bildung
- Entwicklung und Förderung von Ganztagsangeboten
- Entwicklung von neuen Studieninhalten
- Entwicklung vielfältiger Weiterbildungsangebote

Immer mehr ausgewertete Modellvorhaben liegen vor und sind wichtige Entscheidungshilfen für die Entwicklung des Bildungswesens. Den wissenschaftlichen Begleituntersuchungen von Modellversuchen kommt eine besondere Bedeutung zu. Gleichzeitig hat jeder Bürger vor Ort die Möglichkeit, durch Modellversuche am konkreten Beispiel zu sehen, was man an Bildung und Erziehung besser machen kann.

Wer also das Bildungswesen weiterentwickeln und neuen Anforderungen anpassen will, braucht das Instrument der Modellvorhaben. Gleichzeitig aber müssen auch die vielfältigen und guten Ergebnisse der Modellvorhaben im Interesse von Kindern, Jugendlichen und auch Erwachsenen in die Tat umgesetzt werden. Das gilt auch für die Auswertung und Umsetzung der Ergebnisse in den Parlamenten und in der Öffentlichkeit.

Modellversuche sind ein Beispiel für die Leistungsfähigkeit des kooperativen Föderalismus in der Bildungspolitik. Das zeigt: Bund und Länder können zusammenarbeiten - im Interesse unserer Jugend.

(-/8.5.1981/ks/ca)

Ein weiterer Meilenstein

Das Chemikaliengesetz verstärkt den Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer

Von Hans Urbanik MdB

Stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)

Die Entscheidung der Bundesregierung zur Durchführung des Chemikaliengesetzes ist zu begrüßen. Danach werden die nationale Meldestelle sowie zugleich eine der drei Bewertungsstellen in Dortmund, die beiden übrigen Bewertungsstellen in Berlin eingerichtet. Damit ist sichergestellt, daß ab 1. Januar 1982 das Chemikaliengesetz in Kraft treten kann. Dieses Gesetz, das das schlichte, aber umfassende Ziel hat, Mensch und Umwelt besser als bisher vor der Wirkung gefährlicher Stoffe zu schützen, bedeutet einen weiteren Meilenstein in der Humanisierung des Arbeitslebens.

Bei diesem Gesetz geht es um den Arbeitsschutz, den Umweltschutz und den allgemeinen Gesundheitsschutz. Wer heute neue Stoffe herstellt oder einführt, wird in Zukunft eine Prüfung vornehmen lassen müssen. Die Anmeldung bei der staatlichen Behörde schließt sich an. Nach dem Prüfungsergebnis erfolgt die Einstufung hinsichtlich der Gefährlichkeit. Daraus folgt die Art der notwendigen Verpackung und Kennzeichnung. Auch für alte Stoffe gibt es entsprechende Vorschriften, wenn sie als gefährlich gelten müssen.

Der Arbeitsschutz ist ein wichtiger Schwerpunkt des Chemikaliengesetzes. In den Handel, in die Umwelt kann ein Stoff nur dann gelangen, wenn vorher jemand Hand an die Produktion gelegt hat, und die Arbeitnehmer in den jeweiligen Betrieben sind die zuerst Betroffenen. Nach dem Chemikaliengesetz wird die gesundheitliche Betreuung der Arbeitnehmer verstärkt. Dazu gehören auch spezielle Vorsorgeuntersuchungen, wobei man sich auf Erfahrungen mit der Verordnung über gefährliche Arbeitsstoffe und der Unfallverhütungsvorschrift "Allgemeine Vorschriften" stützen kann.

Durch eine lückenlose Anmeldung und Prüfung aller neuen Stoffe, durch zielgerichtete Tests auf Langzeitgefährdung für Mensch und Umwelt vor der Vermarktung, durch die Einbeziehung der Gefährdungsproblematik der alten Stoffe in die Untersuchungs- und Meldeverpflichtung wird in Zukunft ein optimaler Schutz erreicht werden.

Die Entscheidung der Bundesregierung, ihre nationale Meldestelle der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung in Dortmund anzugliedern, kann nur begrüßt werden. Aufgrund der modernsten und technisch perfekten Ausrüstung dieses Hauses sind hier alle Voraussetzungen gegeben, den so dringend notwendig gewordenen Schutz zu erreichen.
(-/8.5.1981/ks/ca)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Hans-Jochen Vogel, hat zum Sonntag folgenden Wahlaufruf veröffentlicht:

Liebe Berlinerinnen und Berliner,

Noch liegt es in Ihrer Hand!

Morgen fällt eine wichtige Entscheidung über die Zukunft unserer Stadt. Dabei zählt jede Stimme. Besonders ins Gewicht fallen aber die Stimmen der Wählerinnen und Wähler, die bisher stets SPD gewählt haben, diesmal aber daran denken, zu Hause zu bleiben oder ihre Stimme anderen Parteien zu geben, um der SPD aus Ärger über Vergangenes einen Denkkzettel zu verpassen. Die CDU und diejenigen Berliner Zeitungen, die sie seit Wochen intensiv unterstützen und das nach aller Erfahrung morgen am Wahltag noch einmal massiv tun werden, sagen diesen Wählern, sie sollen ihre alte Partei, der sie so lange die Treue gehalten haben, im Stich lassen und zur CDU überwechseln. Ich appelliere deshalb gerade an diese Wähler, sich ihre Entscheidung noch einmal zu überlegen. Ärger ist ein schlechter Ratgeber. Schon am 11. Mai 1981 könnten viele das bereuen, was sie am 10. Mai 1971 aus Ärger getan haben.

Am 10. Mai 1981 geht es darum, ob

- unsere Stadt weltoffen, tolerant und liberal bleibt oder ob Berlin schwarz wird; und die Partei das Sagen bekommt, die uns noch vor Jahresfrist - übrigens mit Unterstützung von Herrn von Weizsäcker - Herrn Strauß als Bundeskanzler zumuten wollte, denselben Strauß, der Berlin und die Berliner erst gestern schlecht gemacht hat; ob
- die Linie der Vernunft fortgesetzt wird, die zwischen Gewalttätern und kritischen jungen Menschen unterscheidet oder ob sich die Stadt in eine große Konfrontation hineintreiben läßt, die den inneren Frieden gefährdet; ob
- die Mietpreisbindung alle Altbaumieter schützt oder diejenigen nach dem Willen der CDU schutzlos läßt, die ihre Mietverträge nach dem 1. Januar 1983 abschließen; und ob
- Berlin sich weiter im Einklang mit der Bundesregierung für eine Politik der Entspannung und der menschlichen Erleichterungen einsetzt oder ob Abgrenzung und starke Worte das Rad wieder zurückdrehen. Viele Besucher aus der DDR fragen das schon heute voller Sorge. Und das mit gutem Grund. Denn die CDU hat in der Vergangenheit jeden Schritt in dieser Richtung erbittert bekämpft. Auch Herr von Weizsäcker hat keinem einzigen dieser Verträge zugestimmt.

Und es geht darum, wer an der Spitze dieser Stadt stehen soll: Herr von Weizsäcker oder ich. Ich bin ohne Wenn und Aber und ohne Rückfahrkarte nach Berlin gekommen. Ich habe der Stadt seit ich hier bin alles gegeben, was ich an Kraft und Erfahrung besitze. Das will ich auch in Zukunft tun.

Dafür bitte ich um Ihr Vertrauen. Machen Sie sich die Mühe: Gehen Sie zur Wahl. Geben Sie beide Stimmen der SPD.
(-/8.5.1981/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

